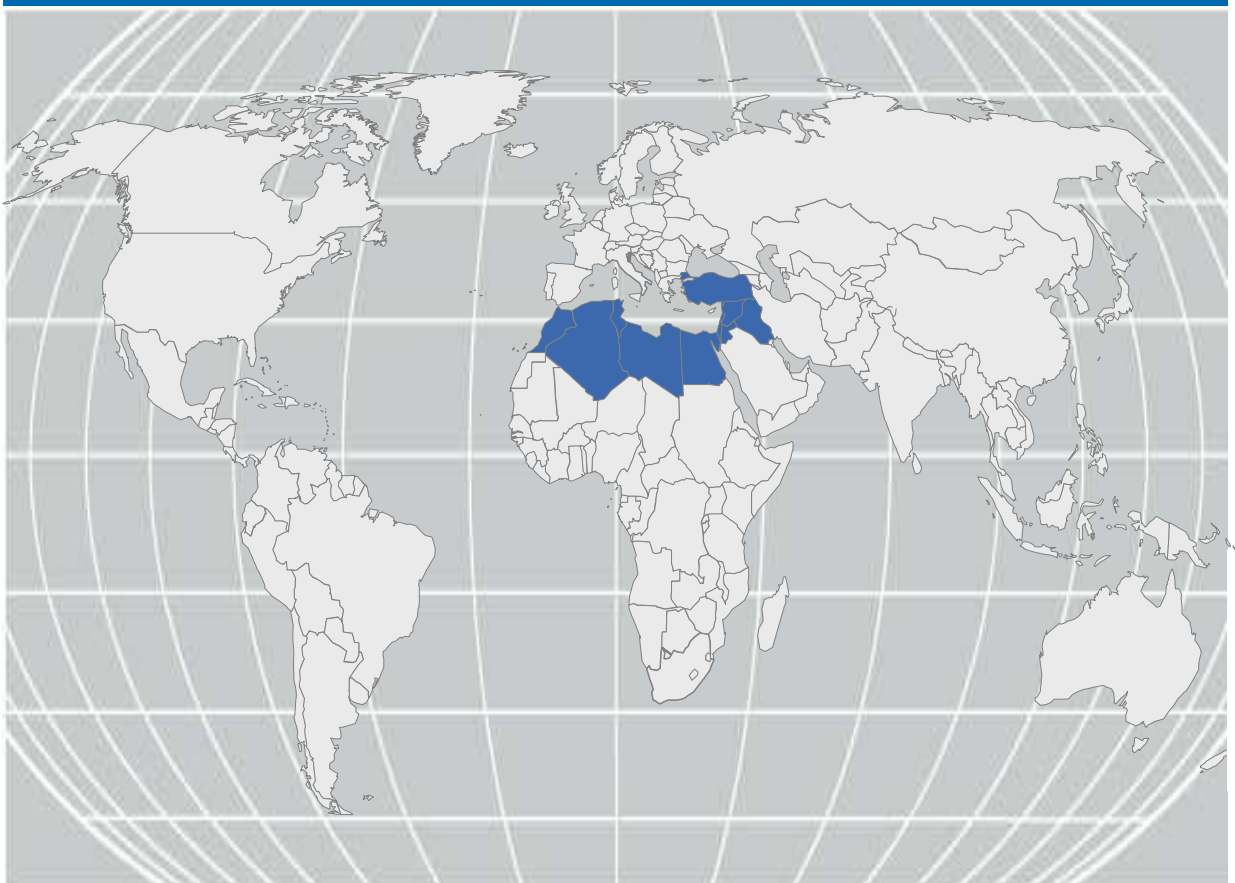


Policy Paper der Region Mittelmeerraum



Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Anmerkung der Redaktion	3
1. Die Region in der Sicht der Nationalstaaten	3
2. Politische Situation	6
2.1. Politische Wahlen und weitere einschneidende politische Ereignisse	6
2.2. Die Rolle der Parteien im politischen Prozess	9
2.3. Szenarien für die politische Zukunft	11
3. Krisenszenarien	13
3.1. Konfessionelle Konflikte und ihre Hintergründe	13
3.2. Das Verhältnis zum Staat Israel und Positionierung im Palästina-Konflikt	15
3.3. Positionen zu den innerarabischen Konflikten, Allianzen und Koalitionen	16
3.4. Der Faktor Iran: Haltung der Regierungen zur „iranischen Bedrohung“ und im Atomstreit	17
3.5. Die fortschreitende Islamisierung in der Region	19
4. Die wirtschaftliche und soziale Lage	20
5. Die Rolle Deutschlands und der Europäischen Union	22

Einleitung und Anmerkung der Redaktion

Der Südrand des Mittelmeeres bleibt unverändert die Weltkrisenregion Nummer eins. Konflikte mit teils lokaler, teils regionaler und internationaler Ausstrahlung bilden ein gefährliches Gemisch. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Entladungen.

Im Zentrum der Probleme befindet sich – gleichsam als Mutter aller Konflikte – die ungelöste palästinensische Frage bzw. das israelisch-arabische Ringen im Heiligen Land. Die Hoffnungen, dass nach Jahren des Stillstandes in den Amtsjahren von US-Präsident George W. Bush ein neuer Präsident mit einem neuen Ansatz einen schnellen Ausweg weisen würde, sind inzwischen verfliegen.

Während die arabischen Länder in jeweils unterschiedlicher Intensität in Gegnerschaft zu Israel verharren und ein Durchbruch zu einem umfassenden Frieden eine Illusion bleibt, ist im Zuge des wachsenden Einflusses des Iran eine politisch und strategisch neuartige Situation entstanden: Die gleichsam klassische Polarisierung – hier Israel, dort die Araber – wird zusehends aufgeweicht. Das iranische Atomprogramm und die regionalen Hegemoniebestrebungen Teherans haben zu einer Spaltung im arabischen Lager geführt. Auf der einen Seite stehen pro-westliche Regime wie Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien, die Teheran misstrauen und das Gespenst einer schiitischen Einkreisung beschwören. Auf der anderen Seite stehen Syrien, das gute Beziehungen zu Teheran unterhält, sowie die palästinensische Hamas und die libanesische Hizbollah. Die zunehmende Dominanz der iranischen Frage, die mit Nachdruck von Israel gefördert wird, hat – strategisch betrachtet – die Konfliktlösungsbemühungen in der palästinensischen Frage zurück geworfen.

Das aktuelle *Policy Paper* ist eine Zusammenstellung von Beiträgen, die die Projektleiter der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in der Region Mittelmeerländer verfasst haben. Im Einzelnen: Alexander Knipperts (Algier), Ralf Erbel (Amman), Dr. Hans-Georg Fleck (Jerusalem) und Jörg Dehnert (Istanbul). Die redaktionelle Konzeption stammt von Dr. Ronald Meinardus, dem Leiter des Regionalbüros in Kairo, der auch die Beiträge zu Ägypten geschrieben hat.

1. Die Region aus der Sicht der Nationalstaaten

Jeder vierte Araber ist ein Ägypter. Diese Zahl allein – verbunden mit dem historischen Erbe und der kultur-politischen Ausstrahlung des Landes am Nil – bestimmt das Selbstverständnis der Machthaber und vieler Menschen in **Ägypten**. Doch die Zeiten, da Ägypten, das bevölkerungsstärkste arabische Land, realpolitisch eine regionale Vorreiterrolle spielte, sind längst verflissen. Wenn die Ägypter ihr Land heute als *um el dunya* (Zentrum der Welt) bezeichnen, so ist das selten ernst gemeint. Die arabische Staatenwelt ist politisch fragmentiert wie selten, einen Führungsanspruch können sich allenfalls die Saudis dank ihrer schier grenzenlosen Geldreserven erkaufen. Die ägyptische Regierung übt sich derweilen als Vermittlerin, sei es im Sudan, in Palästina oder im Libanon, wobei Kairo wegen seiner Vasallentreue zu Washington – und dem in weiten Teilen der arabischen Welt verhassten Schulterschluss mit Israel – kaum als ehrlicher Makler wahrgenommen wird. Besonders deutlich wird dies in der Palästina-Frage, wo Präsident Hosni Mubarak aus seiner Präferenz für die Fatah nie ein Geheimnis gemacht hat. Bislang vergebens versucht Kairo immer wieder, zwischen den zerstrittenen palästinensischen Fraktionen zu vermitteln – auch ein Indiz für die Ohnmacht Ägyptens selbst in seinem unmittelbaren außenpolitischen Umfeld.

Israel perzipiert seine arabische Umwelt im Wesentlichen als vorderrangigen sicherheitspolitischen Bedrohungsfaktor. Hinter dieser Wahrnehmung tritt z.B. die Bewertung sich aus komplexen Wirtschaftstrukturen ergebender Chancen deutlich zurück. Aus außen- und sicherheitspolitischer Perspektive interessieren primär die direkten Anrainerstaaten respektive das jeweils bilaterale Verhältnis zu ihnen, kaum jedoch die regionalen Zusammenschlüsse in der arabischen Welt.

Die nachbarliche geographische Lage zur EU – das EU-Mitglied Zypern liegt lediglich ca. 300 km von der israelischen Küste entfernt – wird von der politischen Elite Israels ausschließlich funktional betrachtet. Dies bedeutet, dass die EU als Wirtschaftspartner (und natürlich auch als Sponsor, z.B. im Wissenschaftsaustausch) geschätzt – ca. 50 Prozent des israelischen Außenhandels werden mit den EU-Mitgliedsstaaten abgewickelt –, die politische oder gar sicherheitspolitische Funktion der EU in der Region hingegen als nachgeordnet bewertet wird. Man goutiert die kritischen Einlassungen aus einzelnen Mitgliedsstaaten (nicht aus Deutschland!), insbesondere zur israelischen Besatzungspolitik in Palästina, wenig und konstatiert diesbezüglich ein notorisch mangelndes Verständnis für die Sicherheitserfordernisse des jüdischen Staates.

Das Verhältnis zum nicht-arabischen Mittelmeeranrainer Türkei ist jüngst durch beiderseitige Aktionen so gravierend belastet worden, dass eine friktionsfreie Wiederherstellung des früher faktisch bestehenden, wenn auch formell nicht angelegten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bündnisverhältnisses kaum möglich erscheint. Die hiermit vorliegende Tendenz zu weiterer Isolierung Israels in der Region wird ausschließlich als Ausfluss eines aggressiv vordringenden politischen Islam resp. seiner Protagonisten bewertet, lediglich von marginalisierten Randgruppen Israels als Konsequenz des eigenen außenpolitischen Handelns kritisiert.

Palästina ist ein formell voll integrierter und gleichberechtigter Bestandteil der arabischen Staatengemeinschaft. Es unterhält traditionelle Sonderbeziehungen zu Ägypten, Jordanien und (mit Abstrichen) Syrien, die die palästinensische Führung unter Mahmud Abbas im zurückliegenden Jahrzehnt durch Intensivierung der Kontakte zu Saudi-Arabien und den Golfstaaten auszubalancieren bemüht war. Gerade die innerpalästinensische Spaltung – nach den Parlamentswahlen des Januar 2006 und vor allem nach dem „Gaza-Putsch“ der Hamas im Juni 2007 – und die Vermittlerrolle Ägyptens in diesem innerpalästinensischen Konflikt haben jedoch die fortbestehende grundlegende Abhängigkeit des ungefestigten Staatsgebildes von arabischen Nachbarstaaten ins Bewusstsein gerückt.

Für Palästina spielt die geographische Nähe zur EU allenfalls insofern eine Rolle, als das Land – neben den zahlreichen sonstigen, für die Aufrechterhaltung der schwachen staatlichen Strukturen unabdingbaren finanziellen Unterstützungen – derart in den Genuss von Zuwendungen aus den Budgetlinien der EU-Nachbarschaftspolitik kommt. Hoffnungen auf eine das Übergewicht der USA – mit ihrer traditionellen Parteinahme für die selbst proklamierten Interessen Israels – ausbalancierende Politik der EU haben sich in der Vergangenheit zu oft als illusorisch erwiesen, um palästinensischerseits noch ins Kalkül gezogen zu werden. Jüngst bemüht sich hier Russland, durch Vermittlungs- und Unterstützungsangebote verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Jordanien schaut mit Sorge auf die Unruheherde in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, sowohl im Westen (Israel/Palästina) als auch im Osten (Irak). Es ist eine traditionelle Stärke, ja vielmehr ein existentielles Erfordernis jordanischer Politik, potenzielle Auswirkungen regionaler Krisen auf die Sicherheitslage im Königreich mit Geschick und Kalkül zu entschärfen. Der Friedensvertrag mit Israel bei gleichzeitig guten Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten hat Jordaniens Ruf als Herd der Stabilität in einer volatilen Region befördert. Dieser Ruf spiegelt sich auch im

massiven Andrang von Flüchtlingen aus der Region wieder; diese Flüchtlinge werden in Jordanien aufgenommen und haben maßgeblich das Bild der Jordanier von der Region mitgeprägt.

Im **Libanon** ist eine monolithische Sicht auf die Region schwer auszumachen – zu unterschiedlich sind die Sympathien, aber auch die Wahrnehmungen der politischen Akteure in Regierung und Zivilgesellschaft. Während Hunderttausende Libanesen in der Golfregion Arbeit gefunden haben, liegt – regional betrachtet – der politische Referenzpunkt Beiruts bei Syrien, Iran und Saudi Arabien. Das vergleichsweise kleine Land sieht sich von mächtigen Nachbarstaaten umgeben, die – dafür gibt es viele historische und aktuelle Belege – jeweils eigene Interessen im Land verfolgen und die Schwäche des Staates gnadenlos ausnutzen.

Auch der **Irak** sieht sich von mächtigen Nachbarstaaten umgeben, die kräftig in den inneren Angelegenheiten mitmischen. Zum Teil geschieht dies durch direkte Eingriffe, teilweise durch politisch nahe stehende irakische Akteure. Angesichts der anhaltenden Polarisierung der irakischen Gesellschaft, die überwiegend konfessionell bedingt ist und die Einheit des Landes potenziell gefährdet, ist es nicht möglich, eine einheitliche Sicht der regionalen Entwicklungen zu erwarten. Als Spaltpilz erweist sich das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn Iran, der im Zuge des gewaltsamen Sturzes des Baath-Regimes seinen Einfluss dramatisch ausweiten konnte. Im regionalen Umfeld betrachtet zeigt sich im Irak der Kampf um Einfluss zwischen Teheran auf der einen und den gemäßigten arabischen Staaten – angeführt von Saudi Arabien – besonders deutlich. Absehbar wird sich dieser Konflikt nach dem terminierten militärischen Abzug der Amerikaner verschärfen.

Algerien bleibt nach dem Ende der Isolation während des islamistischen Terrors in den 90er Jahren außenpolitisch weitgehend ohne klare Orientierung. Wegen seiner geostrategischen Lage und seiner reichen Bodenschätze ist das Land eigentlich eine prädestinierte Regionalmacht; gleichwohl verheddert sich Algier in Nebenkriegsschauplätzen und ideologischen Grabenkämpfen und verliert dabei wichtige außenpolitische Interessen aus den Augen. Die wirtschaftspolitisch zentrale Frage des Verhältnisses zur Europäischen Union ist in Folge der faktischen Aufkündigung des Assoziationsabkommens von 2002 bis auf weiteres nicht geklärt. Damit zusammenhängende Reformen, die das Investitionsklima verbessern würden, liegen auf Eis. In dieser Hinsicht sind Tunesien und Marokko an Algerien vorbeigezogen. Die algerische Regierung pflegt sozialistische Zerrbilder aus alten Zeiten des Unabhängigkeitskrieges.

Marokko ist das westlichste Land der Region. Diese geographische Realität findet sich in der außenpolitischen Orientierung Rabats wieder. Diese steht im Zeichen einer strategischen Westorientierung; Europa dient in vielerlei Hinsicht als Vorbild bei den gesellschaftlichen und politischen Reformvorhaben. Die Anbindung an die USA als wichtigstem sicherheitspolitischen Partner ist ebenso eng. Dabei bemüht sich Marokko seit Jahren erfolgreich, die geostrategischen Vorteile des Nachbarn Algerien durch geschicktes diplomatisches Taktieren auszugleichen. Marokko nutzt hier den Vorteil als *coalition builder* auf der arabischen, afrikanischen und internationalen Bühne und profitiert davon, dass es an der Schnittstelle zwischen westlicher und arabischer Welt oft als ein Paradebeispiel für erfolgreiche Reformbemühungen gilt. Im subregionalen Kontext bleibt auch wegen der ungeklärten Statusfrage der Westsahara – dem Kernthema der marokkanischen Außenpolitik – das Verhältnis zu Algerien schwierig und die gemeinsame Grenze weiter geschlossen.

Tunesien ist außenpolitisch ein gemäßigter Akteur, der sich gerne als Vermittler zwischen größeren Nachbarn einbringt. Die Nähe zu Europa ist wirtschaftlich wie kulturell groß, was Tunesien zu einem vehementen Fürsprecher der Mittelmeerunion machte. Umso größer war in Tunis

die Enttäuschung, als Barcelona den Zuschlag für den Sitz des MU-Sekretariats bekam. 1995 schloss Tunesien als erstes arabisches Land ein Assoziationsabkommen mit der EU. Schon 2008 wurden die Importzölle auf Industrieprodukte abgeschafft. Die Assoziierung mit der EU ist ein Schwerpunkt der tunesischer Außen- und Außenwirtschaftspolitik; das Land strebt einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu Europa an.

In der **Türkei** sieht die AKP-Regierung die Region – mit Ausnahme Israels und des Iran – als arabischen Teil der „islamischen Bruderstaaten“. Unter der aktuellen Regierung hat es eine merkbare Öffnung hin zur arabischen Welt gegeben – die sich in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Weise zeigt. Gleichwohl nimmt das anatolische Land durch seine Schlüsselstellung in westlichen Allianzen und Organisationen eine Sonderrolle ein: Die Verankerung in der NATO bleibt eine sicherheitspolitische Konstante, wenngleich die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union eher schleppend verlaufen. Gegenüber den Nachbarn in der arabischen (und muslimischen) Welt definiert sich die Türkei als Ordnungsmacht mit Vorbildfunktion hinsichtlich Demokratie, Wirtschaftsentwicklung und Modernität in einem islamischen Kontext. Ankara sieht sich als regionale Großmacht und propagiert diesen Anspruch neuerdings auch wieder öffentlich.

2. Politische Situation

2. 1. Politische Wahlen und weitere einschneidende politische Ereignisse

In **Ägypten** sind 2010 und 2011 Wahljahre: zunächst werden im April und dann im Oktober die Mitglieder der beiden Häuser des Parlamentes gewählt, im nächsten Jahr stehen die – politisch bei weitem bedeutsameren – Präsidentschaftswahlen auf der Agenda. Im Vorfeld dieser Urnengänge ist heftige Bewegung in der ägyptischen Innenpolitik zu verzeichnen. Natürlich ist dies keine normale Demokratie, in der Volkes Wille allein über die Zusammensetzung des Parlamentes und die Wahl des Präsidenten entscheidet. Das Regime verfügt über ein ganzes Arsenal von illiberalen Bestimmungen und repressiven Instrumenten, um die Opposition in Grenzen zu halten. Besonders betroffen von derartigen Drangsalierungen sind die Muslimbrüder, die größte oppositionelle Kraft. Einschränkend wirken vor allem diejenigen Artikel der unlängst geänderten Verfassung, die hohe Hürden für Kandidaten der Opposition errichtet haben. Demnach haben Bewerber von kleinen Parteien – und mit der Ausnahme der Regierungspartei sind alle Parteien in Ägypten klein – und Unabhängige so gut wie keine Chance, als Kandidat anerkannt zu werden. Daher meinen auch Kritiker, dass die Verfälschung des Wählerwillens lange vor dem eigentlichen Wahltermin eingeleitet worden ist.

In **Israel** haben im März 2009 Parlamentswahlen stattgefunden, deren demokratischer Charakter über jeden Zweifel erhaben ist. Diese Wahlen haben zu einer Stärkung der national-säkularen und der religiösen Gruppierungen sowie zu einer weiteren Schwächung der seit mehr als einem Jahrzehnt auf einem unaufhaltsamen Abstieg befindlichen Parteien der (moderaten) Linken – eine radikale Linke existiert in Israel schon seit Jahrzehnten faktisch nicht mehr – geführt. Seinen ostentativen Ausdruck hat dieser politische Klimawandel bei der letzten Regierungsbildung in der Ausbootung der zentristischen Kadima-Partei der früheren Außenministerin Livni gefunden. Die führende Regierungspartei Likud unter Premier Netanyahu ist mehr denn je auf die Unterstützung rechtsnationaler und ultraorthodoxer Kräfte angewiesen, die – in zahlreiche Gruppierungen zersplittert – Privilegien für ihre jeweilige politische Klientel durchzusetzen verstanden. Die Regierung profitiert auf dem Felde der Wirtschafts- und Sozialpolitik von dem bemer-

kenswerten Faktum, dass Israels Volkswirtschaft die Anfechtungen der Krise des Welt-Finanz- und Wirtschaftssystems geradezu bravourös gemeistert hat. Insgesamt sind von der neuen Regierung noch keine wesentlichen neuen Akzente gesetzt worden, wenn man davon absieht, dass der deklarativen Friedensrhetorik auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik (einschl. des auf US-Druck erfolgten Einschwenkens auf ein Bekenntnis zur „Zwei-Staaten-Lösung“) – noch weit deutlicher als bei den Vorgängerregierungen der Fall – eine Politik des Schaffens als irreversibel betrachteter Fakten (Zurückdrängung der arabischen Bevölkerung aus Ost-Jerusalem, faktisch nahezu unbeschränkte Siedlungserweiterung in den palästinensischen Gebieten) gegenübersteht.

In **Palästina** sind die gemäß dem Grundgesetz bis zum Januar 2010 abzuhaltenden Wahlen mit Blick auf die faktische Teilung des Landes bis zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt verschoben worden – zweifellos kein Beleg für ein friktionsfreies Funktionieren des politisch-parlamentarischen Prozesses in der jungen Demokratie, die mit der Durchführung der Parlamentswahlen 2006 eigentlich ihr „Meisterstück“ geliefert zu haben schien. Der politische Prozess bleibt weiterhin Spielball der Machtinteressen der beiden führenden Interessengruppen. Demokratie besitzt in Palästina noch keine Eigendynamik.

In **Jordanien** erlitt bei den Parlamentswahlen von 2007 der organisierte politische Islamismus eine massive Schlappe: Die Zahl der IAF-Abgeordneten fiel von 17 auf nur mehr sechs von insgesamt 120 Abgeordneten. Die demokratische Qualität dieser Wahlen erntete auch innenpolitisch heftige Kritik. Die Beanstandungen beziehen sich vor allem auf das Wahlgesetz, welches zwischen unterschiedlichen Wahlbezirken diskriminierte. Ende November 2009 wurde die Legislaturperiode abrupt beendet: per Dekret löste der König das Parlament auf, Neuwahlen werden für November 2010 erwartet. Ein neues Wahlgesetz soll noch im Frühjahr 2010 verabschiedet werden, wobei Beobachter in Amman davon ausgehen, dass es eher zaghafte Reformen geben wird.

Wesentlich dynamischer waren die innenpolitischen Entwicklungen im **Libanon**, das allgemein als das demokratischste Land in der arabischen Welt gilt. Das erste Halbjahr 2009 stand ganz im Zeichen des Wahlkampfes der Parlamentswahlen vom 7. Juni. Diese endeten mit einem Sieg der gemäßigten, pro-westlichen (und tendenziell liberalen) „Bewegung des 14. März“ gegen die von der Hisbollah angeführte Opposition. Das politische Leben in der zweiten Jahreshälfte war geprägt von einer mehr als fünfmonatigen, zähen Regierungsbildung: Mitte November wurde dann endlich eine 30-köpfige „Regierung der nationalen Einheit“ unter der Führung von Saad Hariri, dem Sohn des 2005 ermordeten Ex-Premierministers Rafik Hariri, ernannt. Einen Monat später sprach das Parlament der Regierung das Vertrauen aus. Der Regierung gehören 15 Minister aus den Reihen des „14. März“, zehn Minister aus den Reihen der Opposition sowie fünf Personen an, die als neutral gelten und dem Präsidenten zugerechnet werden.

Der **Irak** schien in der ersten Jahreshälfte 2009 auf einem guten Weg zu sein: die Sicherheitslage stabilisierte sich signifikant, der Staatsapparat konsolidierte sich. Die Provinzratswahlen im Januar 2009 sowie die Wahl des kurdischen Regionalparlaments im Juli waren die friedlichsten Wahlen seit dem Sturz des Saddam-Regimes. Sie gelten als wichtige Meilensteine auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung des Landes. Doch die Hoffnung auf die ersehnte – unumkehrbare – Stabilisierung währte nur kurz: In der zweiten Jahreshälfte erschütterten schwere Anschlagserien mit Dutzenden Toten das Land. Es handelte sich um gezielte Versuche, den konfessionellen Krieg neu zu entfachen und den sich aufrichtenden Staat zurück in Chaos zu stürzen. Die noch schwachen politischen Institutionen arbeiten weiter, doch nur die notwendigsten

und dringendsten Prioritäten werden bewältigt. Als nächster Meilenstein gelten die Parlamentswahl im März 2010.

Bei der Präsidentschaftswahl in **Algerien** am 9. April 2009 wurde der amtierende Präsident Abdelaziz Bouteflika mit 90,2 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung lag laut Innenministerium bei 74,5 Prozent. Der 72-jährige Bouteflika trat nach der dafür notwendigen Verfassungsänderung seine dritte Amtszeit an und steht somit weitere fünf Jahre an der Spitze des Landes. Die handverlesenen Gegenkandidaten gaben dagegen ein schwaches Bild ab: Die Kandidatin der trotzkistischen Arbeiterpartei (PT), Louisa Hanoune, kam mit 4,22 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz. Vier weitere Kandidaten, allesamt politisch „unbeschriebene“ Blätter, erhielten zwischen 2,3 und 0,9 Prozent der Stimmen. Die Beobachter der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga, sowie der Organisation der Islamischen Konferenz sprachen von einer "transparenten" und "glaubwürdigen" Wahl. Die großen Oppositionsparteien, die gemeinsam die Wahl boykottiert hatten, berichteten jedoch von weit reichenden Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe und der Auszählung der Stimmen.

In **Marokko** fanden am 12. Juni 2009 landesweit Kommunalwahlen statt; aus diesen ging die erst vor knapp einem Jahr von einem Freund des Königs gegründete Parti de l'Authenticité et de la Modernité (PAM) als eindeutiger Sieger hervor. Im Vorfeld der Wahl waren zahlreiche Anhänger von anderen Parteien abgeworben worden; dieses führte auch zu einer Schwächung des liberalen Lagers. Erfreulich die hohe Wahlbeteiligung von 52,4 Prozent und die Konsolidierung des Parteienspektrums, in dem nun zwei Mitgliedsparteien von Liberal International einen festen Platz haben. Marokkos moderate Islamisten waren die überraschenden Verlierer des Urnengangs, sie sind fortan nur noch fünft stärkste Kraft. Die Einführung einer Frauenquote ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Unter dem Strich geben die Kommunalwahlen ein repräsentatives Bild der demokratischen Entwicklung Marokkos ab, in der sich die Traditionen der Monarchie und die demokratischen Reformschritte ergänzen. Dass ein Freund des Königs – aus dem Stand – die Wahlen gewinnen kann – demonstriert die Potenz des Königspalastes. Auf der anderen Seite sind die politischen Parteien in der Lage, mit diesem Faktor umzugehen und durch geschicktes Koalieren an der Macht zu bleiben.

In **Tunesien** wurde Präsident Ben Ali bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 25. Oktober 2009 erwartungsgemäß mit einem nahezu einstimmigen Ergebnis wiedergewählt. Nach der Verfassungsänderung 2002 steht der Dreiundsiebzigjährige somit für eine fünfte Amtszeit an der Staatsspitze. Der Ausgang der Wahlen stand bereits lange vor dem Wahltag fest, auch weil viele der Parteien der „Quotenopposition“ – 25 Prozent der Parlamentssitze sind anderen Parteien als der Präsidentenpartei RCD reserviert – vorzeitig ihre Unterstützung für den amtierenden Präsidenten deutlich gemacht hatten und es nur einen wirklichen Gegenkandidaten aus diesem Lager gab. Damit lässt sich die Stimmung im Land nur bedingt – und nach dem Komma – ablesen. Bei den Wahlen 2004 hatte Ben Ali 94,04 Prozent der Stimmen erreicht.

In der **Türkei** hat die AKP bei den letzten Nationalwahlen 2007 zwar ein historisches Ergebnis von 47 Prozent erzielt, bei den 2009 erfolgten Kommunalwahlen erlitt sie landesweit durchschnittlich bis zu sechs Prozent Einbußen. Besonders schmerzlich waren die Verluste in den „kurdischen Gebieten“. Dort gingen bei den Bürgermeisterwahlen fast alle Wahlkreise, die man bei den Nationalwahlen gewonnen hatte, an die kurdische Partei DTP verloren. Die AKP ist eine „non-costal party“ geworden. Bis auf vier Regionen sind die Küstenregionen, die allesamt zum Großteil vom Tourismus profitieren, fest in der Hand der CHP und MHP, während im Landesinneren die AKP ihre Stellung bei den Bürgermeistern halten konnte. Hier kann man davon ausgehen, dass die Angst vor einer weiter voranschreitenden Islamisierung ausschlaggebend war. Bei den

Stadtparlamenten jedoch konnte die AKP ihre Stimmen ausbauen, bis auf die „kurdischen Gebiete“ stellt sie fast ausnahmslos die Mehrheit. Diese für die AKP insgesamt doch negative Entwicklung hat den Reformprozess erst einmal gestoppt. Seit 2007 konnten keine nennenswerten Reformen umgesetzt werden. Die dringend notwendige Verfassungsreform wurde auf die Zeit nach den Wahlen 2011 verschoben.

2.2. Die Rolle der Parteien im politischen Prozess

Faktisch ist **Ägypten** ein Einparteienstaat. Die regierende nationaldemokratische Partei (NDP), die aus der alten Einheitspartei der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) Gamal Abdel Nassers hervorgegangen ist, kann als eine Staatspartei bezeichnet werden, bei der alle politischen Fäden zusammenlaufen. Gleichwohl hat sich Ägypten seit den Jahren Nassers und Sadats geöffnet – und ein politischer Pluralismus, der zum Teil seine Wurzeln in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hat, ist unverkennbar: das Regime „duldet“ heute 13 weitere Parteien, die eine offizielle Zulassung erhalten haben. Ihnen wird – je nach Umständen mehr oder weniger – Raum für die politische Arbeit gegeben. Im politischen Entscheidungsprozess spielen diese Parteien – unter ihnen auch die liberale Demokratische Front Partei und die ebenfalls liberale Al Ghad – keine Rolle. Diese Parteien setzen auf das Prinzip Hoffnung und gehen davon aus, dass es über lang oder kurz in Ägypten zu einer Umwälzung kommen wird, in der sie dann eine Rolle spielen würden. Ein politisches Phänomen – man könnte auch Kuriosum sagen – ist der staatliche Umgang mit den Muslimbrüdern (MB), der mit Abstand größten oppositionellen Kraft des Landes. Die Gruppe stellt ein Fünftel der Abgeordneten im Parlament (alle 2005 als Unabhängige gewählt), ist offiziell aber verboten. Immer wieder geht die Regierung mit eiserner Faust gegen die MB vor.

Israel verfügt über eine bewährte, wenn auch keineswegs unproblematische Mehrparteiendemokratie, die z. T. dem traditionellen, die gesellschaftliche Sektoralisierung widerspiegelnden Proporzwahlssystem (mit 2%-Sperrklausel) geschuldet ist. Die in sich seit jeher wenig demokratisch strukturierten, häufig zentralistisch bis autoritär geführten Parteien sind das wesentliche Element des politischen Prozesses. Sie vereinbaren – über ihre parlamentarische Repräsentanz – die Bildung einer Koalitionsregierung, sie bestimmen die Ministerliste. Die Regierung ist das von den Parteien kreierte Produkt dieses Systems, kontrolliert de facto dann aber mehr von der Gerichtsbarkeit des Landes als von den zur Koalitionstreue (unter zumeist knappen Mehrheitsverhältnissen) genötigten Parlamentariern.

Traditionell war Israel über Jahrzehnte durch ein strukturell auf Bipolarität angelegtes Parteiensystem (demokratisch-sozialistische Linke versus nationalkonservative Rechte) gekennzeichnet, das durch drei kleinere Faktoren komplettiert wurde: die diversen religiösen Parteien, die Repräsentanz der palästinensisch-arabischen Minderheit sowie wechselnde zentristische oder liberale Parteien von zunehmend geringer politischer Lebensdauer. Durch das Wegbrechen der „historischen Linken“, voran die Arbeitspartei, hat sich das politische Klima Israels eindeutig hin zur nationalen Rechten verschoben. Liberale Parteien haben in diesem System in der Vergangenheit immer wieder einmal eine (temporär so gar wichtige) Rolle gespielt, konnten sich aber – wie der Zerfall der Shinui-Partei 2006 schlaglichtartig deutlich gemacht hat – nicht dauerhaft etablieren. Derzeit gibt es in Israel keine Partei, die auch nur willens wäre, sich als „liberal“ zu deklarieren, geschweige denn eine solche, die das liberale Werteensemble repräsentiert.

Die junge und ungefestigte Demokratie **Palästinas** verfügt noch nicht über ein Parteiensystem im modernen Sinne. Die bestehenden Parteien sind entweder recht heterogene politische bzw.

politisch-soziale *Bewegungen* oder aber Parteien im Sinne eines eher anachronistischen „demokratisch-zentralistischen“ Typus. Es gibt allenfalls Ansätze zu politischen Organisationsformen im Sinne einer repräsentativen Demokratie. Bis auf weiteres bleibt der politische Prozess aber von den beiden Hauptkontrahenten Fatah und Hamas bestimmt, die wiederum über entscheidendes Gewicht bzgl. der jeweiligen Regierungsbildung (Westbank, Gaza) verfügen. Es existieren noch keine politischen oder juridischen Institutionen, die das momentan außer Funktion gesetzte Parlament in seiner konstitutionellen Rolle unterstützen oder gar partiell ersetzen könnten.

Im eher tribal geprägten politischen Prozess **Jordaniens** spielen politische Parteien eine untergeordnete Rolle. Unter dem 2007 verabschiedeten neuen Parteiengesetz blieben anfänglich nur 14 Parteien von ehemals 36 Parteien übrig – etliche Parteien lösten sich selbst auf, da sie keine Möglichkeit der Registrierung unter dem neuen Gesetz gehabt hätten. Inzwischen ist die Zahl der registrierten Parteien zwar wieder leicht gestiegen, die politische Bedeutung dieser Parteien hingegen bleibt, mit Ausnahme der oppositionellen „Islamic Action Front“, gering. Eine genuin liberale Partei gibt es nicht.

Der **Libanon** weist die in der arabischen Welt pluralistischste und aktivste Parteienlandschaft auf. Parteien spielen traditionell eine wichtige Rolle und sind allgegenwärtig im politischen, medialen und öffentlichen Leben. Nichtsdestotrotz kann der Libanon nur begrenzt als eine „Vorzeige-Parteiendemokratie“ bezeichnet werden: Die meisten Parteien werden über Generationen vom gleichen Clan geführt und weisen innerparteiliche Demokratiedefizite auf. Öffentliche Äußerungen des Parteipräsidenten ersetzen das häufig nicht vorhandene politische Programm der Partei. Das der Stiftung nahe stehende „Future Movement“ ging als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor und stellt mit Saad Hariri den Premierminister der neuen Regierung. Die ebenfalls der Stiftung nahe stehende Nationalliberale Partei (NLP), die an der Seite des Future Movement und anderer Parteien im Rahmen des Parteienbündnisses des „14. März“ die Wahlen bestritt, stellt nach jahrelanger Abwesenheit wieder einen Parlamentarier in der libanesischen Volksversammlung. Die Nationalliberale Partei ist Gründungsmitglied des Network of Arab Liberals. Die NLP-Jugend und die Future Youth sind zudem beide Mitglieder bei IFLRY, dem liberalen Weltverband.

Im **Irak** streitet eine Vielzahl von politischen Parteien um die Gunst der Wähler. Die wesentlichen Parteien sind an religiösen und ethnischen Grundlinien orientiert, ihre Programme in der Regel an den Interessen der jeweils repräsentierten Gruppen. Dezidiert liberale Parteien spielen im politischen Prozess keine Rolle.

Nach der politischen Öffnung **Algeriens** Anfang der 90er Jahre (und der damit verbundenen Entstehung einer Reihe von Oppositionsparteien), ist die politische Liberalisierung nach dem Trauma des Bürgerkrieges und der zunehmend autoritären Herrschaft des Bouteflika Regimes wieder rückläufig. Freie Wahlen finden nicht statt, das Parlament hat bei der Verabschiedung von Gesetzen eine „rubber stamp“ Funktion. Neue Parteien werden ebenso nicht zugelassen, was zu einer Verknöcherung und Überalterung der bestehenden führt und deren Demokratisierung im Inneren verhindert. Die Stiftung unterhält gute Beziehungen zum Rassemblement pour la Culture et la Democratie, einer großen Oppositionspartei, die regelmäßig an Maßnahmen des Network of Arab Liberals teilnimmt.

Im politischen Leben **Marokkos** spielt der Königspalast noch immer die entscheidende Rolle. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 hatte sich die königstreue, neu gegründete Partei Parti de l'Authenticité et de la Modernité (PAM) durch geschicktes Taktieren in eine optimale Position gebracht. Profitiert hat die 2008 durch den Zusammenschluss von fünf Kleinparteien gegründete Gruppierung von einem „Raubzug“, auf dem vor den Wahlen anderen Parteien königstreue Mit-

glieder abgeworben wurden. Insbesondere das Mouvement Populaire musste bluten und ging deshalb bereits geschwächt in das Rennen. Das Mouvement Populaire erreichte 6,6 Prozent der Stimmen. Die zweite liberale Partei im Parteienspektrum, Union Constitutionnelle, landete mit 4,7 Prozent hinter der sozialistischen Fortschrittspartei mit 5,3 Prozent der Stimmen. Die Taktik des „kannibalischen“ Abwerbens von Mitgliedern und Kandidaten anderer Parteien hat vor der Wahl zu heftigen Debatten geführt. Viele Beobachter sahen diese Praxis als unvereinbar mit dem Parteiengesetz an, welches das Überlaufen vor allem von Mandatsträgern verbietet. MP und UC sind seit vielen Jahren Mitglieder bei Liberal International.

Der Wahlkampf im Vorfeld der Wahlen in **Tunesien** war angesichts des bereits absehbaren Ergebnisses schleppend und von gewohnten Pflichtauftritten des Präsidenten in mit den Farben seiner Anhänger geschmückten Ortschaften des Landes dominiert. Wie andere Parteien des Oppositionsblocks hatte auch die liberal orientierte Parti Social Liberal (PSL) bereits frühzeitig die Unterstützung des Präsidenten bei seiner Wiederwahl signalisiert und war unter dem Motto „Mit Ben Ali, Garant der Stabilität und der Reform“ in den Wahlkampf gezogen. Kritischere Oppositionelle wurden, so berichtet Human Rights Watch, durch maßgeschneiderte Änderungen der Wahlordnung von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen, so dass eine wirkliche politische Debatte – und sei es nur ansatzweise – auch aus diesem Grund nicht stattfand. Die PSL ist Gründungsmitglied im NAL und auch Mitglied von Liberal International.

In der **Türkei** verhindert das Wahlrecht mit einer landesweiten 10%-Hürde jegliche parteipolitische Pluralität und damit auch einen Demokratisierungsprozess. Das daraus resultierende Parteiengesetz und die Parteienfinanzierung verschärfen diese Entwicklung und erschweren die Gründung neuer Parteien. Die Wahlen finden im Großen und Ganzen unter demokratischen Standards statt, sieht man von kleineren Stimmenmanipulationen bei den Kommunalwahlen und der massiven – und gezielten – Verteilung von Wahlgeschenken (z.B. Kohle, Kühlschränke und Nahrungsmittel) seitens der AKP in den entsprechenden Regionen und Städten einmal ab. Außer der Regierungspartei AKP und den beiden Oppositionsparteien CHP und MHP spielen die zahlreichen anderen Parteien keine Rolle im demokratischen Prozess. Entweder „dümpeln“ sie mit Stimmen unterhalb der 5%-Hürde vor sich hin, oder aber fusionieren und spalten sich innerhalb kurzer Zeit. Als die DTP, die sich nach dem Einzug ins Parlament aus unabhängigen kurdischen Kandidaten gegründet hatte, ein ernsthafter Akteur zu werden drohte, wurde kurzerhand ein Verbotsverfahren initiiert. Diesem gab das Verfassungsgericht einstimmig statt. Mehrere, meist moderate Abgeordnete wurden mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. Die Liberal Demokratische Partei (LDP) spielt weiterhin keine relevante Rolle im politischen Prozess, auch wenn es im Zuge strategischer Beratungen erstmals in der Parteiengeschichte gelungen ist, ein Mandat bei den Kommunalwahlen zu gewinnen – und bei diesem lokalen Erfolg selbst die AKP hinter sich zu lassen.

2.3. Szenarien für die politische Zukunft

Die alles beherrschende politische Frage bezieht sich in **Ägypten** auf die Regelung der Nachfolge des betagten Präsidenten. Wenn es nach dem Plan der Familie Mubarak geht – und dort führt nach verbreiteter Meinung vor allem die Präsidentengattin Suzanne das Wort – wird der zweite Sohn Gamal Mubarak im Zuge der Wahlen von 2011 auf den Schild gehoben. Schon seit einigen Jahren spielt der Filius, der ein modernes Image pflegt, eine zentrale Rolle in der Regierungspartei. Zur Absicherung der dynastischen Nachfolge wurde 2008 eigens die Verfassung umgeschrieben: nur Parteien, die in beiden Häusern des Parlamentes mindestens drei Prozent der Wähler vertreten, dürfen bei den Präsidentenwahlen antreten. Die Hürden für unabhängige Kandidaten

sind auch faktisch nicht zu nehmen: sie müssen mindestens 250 Unterschriften von gewählten Vertretern des Parlamentes beibringen, was angesichts der aktuellen Konstellation niemandem von jenseits der NDP gelingen dürfte. Viel ist derweilen in politischen Gesprächen von Kungeleien zwischen der Regierung und diversen Parteien die Rede, von gekauften Mandaten und manipulierten Listen. Immer häufiger hört man, dass das Regime den Muslimbrüdern den Zugang ins Parlament versperren wird. Gleichzeitig – um nicht am Image des Mehrparteiensystems zu rütteln – sollen die Sitze, die heute die Islamisten kontrollieren, den säkularen Kräften zugeschrieben werden. In diesem Szenario spielen auch Politiker und Parteien, die mit der Stiftung verbunden sind, eine Rolle. Mit Demokratie und Volkssouveränität hat all dies nicht viel zu tun. Doch dieses, so sagen die Kritiker, ist kaum anders zu erwarten nach dreißigjähriger Alleinherrschaft von Hosni Mubarak.

Die politische Zukunft des Staates Israel wird einerseits von der Lösung des Dauerkonfliktes mit den (arabischen) Staaten der Region, andererseits von der Behebung der gravierenden innerstaatlichen Verwerfungen abhängig sein. Bei letzteren ist vor allem der schwelende Konflikt innerhalb der jüdischen Bevölkerungsmehrheit, d.h. zwischen säkularen und orthodoxen Juden, vor allem aber der mit einer noch weit höheren Sprengkraft versehene Konflikt zwischen der jüdischen Mehrheits- und der arabisch-palästinensischen Minderheitsbevölkerung in Israel zu nennen. Letzterer reicht an die Wurzeln des zionistischen Staatsmythos, der auf einen „jüdischen und demokratischen Staat“ abzielt, ohne zugleich die Mitwirkung der Staatsbürger nicht-jüdischer Provenienz so normierend zu regeln, dass diese sich als vollwertig anerkannte Bürger in das Staatsganze integrieren können.

Palästina steht die Entscheidung über den Charakter der Gesellschaft erst noch bevor. Auch da haben es die säkularen Kräfte sträflich versäumt, eine staatliche und verfassungsmäßige Ordnung irreversibel zu etablieren, die den Anfechtungen eines immer mehr erstarkenden politischen Islam zweifelsfrei gewachsen wäre. Der „nationale Befreiungskampf“ ist noch nicht zu einem erfolgreichen Ende gekommen – und schon liegen die innergesellschaftlichen Konfliktlinien offen, die Palästina auf Dauer an den Rand einer Spaltung gebracht haben. Nur im Zusammenspiel zwischen einer pragmatischen politischen Führung Palästinas und einer auf Kompromissfähigkeit orientierten israelischen Führung können Strukturen entstehen, die einem allmählichen Abgleiten Palästinas in ein Eldorado des islamistischen Extremismus vorbeugen. Derzeit könnten die Aussichten für eine derartige Strategie des „Containment“ kaum ungünstiger sein.

Die Aussichten für die politische Zukunft **Jordanien**s sind eng mit regionalen Entwicklungen verbunden, wobei dem israelisch-palästinensischen Konflikt besondere Bedeutung zukommt. Die Angst vor der sogenannten „Jordanischen Option“ treibt viele jordanische Beobachter um. Hierbei handelt es sich um den in diversen Think Tanks bisweilen geäußerten Gedanken, die Westbank Jordanien zuzuschlagen – und damit das Königreich de facto zum palästinensischen „Ersatzstaat“ zu machen.

Auch die Aussichten für die politische Zukunft des **Libanon** sind eng mit regionalen Entwicklungen verquickt, wie die chronische Instabilität des Landes und seine Funktion als Hauptkampfarena für zahlreiche regionale und internationale Akteure in den letzten Jahrzehnten zeigen. Entwicklungen im Atomkonflikt mit dem Iran sowie im klassischen Nahostkonflikt werden in diesem Zusammenhang besonders achtsam verfolgt, da jede Eskalation dieser regionalen Konflikte die Gefahr eines erneuten Krieges zwischen Israel und der Hizbollah erhöht. Die innenpolitischen Szenarien werden mittelfristig durch den Dialog bzgl. des Umgangs des Staates mit den Waffen der Hizbollah, dem bilateralen Verhältnis zu Syrien und Entwicklungen rund um das Internationale Tribunal für den Libanon beeinflusst werden.

Im **Irak** nimmt der Wahlkampf für die Parlamentswahlen im März Fahrt auf. Das politische Feld ist extrem zersplittert, das Wahlergebnis und damit der politische Kurs des Landes nicht absehbar. Klar ist jedoch schon jetzt: der Stimmauszählung werden komplizierte Koalitionsverhandlungen folgen. Entscheidend für das Zustandebringen einer Regierungsmehrheit dürfte die Unterstützung der kurdischen Parteien sein. Das Machtvakuum während der Koalitionsverhandlungen könnte terroristische Anschläge mit dem Ziel der Destabilisierung des Staates begünstigen.

In **Tunesien** und **Algerien** wird sich bald, wie in anderen Ländern des arabischen Raumes auch, die Frage der politischen Nachfolge stellen und damit die Stabilität der bestehenden politischen Arrangements auf die Probe gestellt. An dem Ablauf dieser Machtübergabe wird sich zeigen, in wie weit das politische System in diesen Ländern eine personenunabhängige Machtstruktur darstellt. Nicht wenige Beobachter fürchten, dass bei diesen Veränderungen die inhärenten Widersprüche und die Unfähigkeit autoritärer Systeme zur Veränderung zu einer Periode der Instabilität führen können, wie sie beispielsweise Algerien Anfang der 1990er Jahre erlebt hat.

In **Marokko** wird der seit zehn Jahren regierende König seine Reformagenda gegen Widerstände verteidigen müssen. Gleichzeitig wird sich die Frage stellen, in wie weit auch die Monarchie, die bislang im Rahmen der Veränderungen keine Macht abgetreten hat, diesen dominierenden Einfluss verteidigen können.

In der **Türkei** bleibt abzuwarten, ob sich die AKP bei den nächsten Wahlen als allein regierende Partei behaupten kann. Selbst ohne eine dringend notwendige Wahlrechtsänderung scheint derzeit die Wiederholung des überwältigenden, nahezu erdrutschartigen Wahlsieges von 2007 eher unwahrscheinlich. Mitentscheidend wird die wirtschaftliche Entwicklung sein: Trifft die Wirtschaftskrise die Türken in diesem Jahr noch stärker, so sind weitere Stimmenverluste der AKP und eine Eskalation des innenpolitischen Machtkampfes wahrscheinlich. Der EU-Reformprozess wird in den nächsten Jahren kaum vorankommen. Insbesondere die Zypernfrage sowie die Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit werden als Stolpersteine auf Ankaras Weg nach Europa eine Rolle spielen.

3. Krisenszenarien

3.1. Konfessionelle Konflikte und ihre Hintergründe

Genauere Zahlen gibt es nicht und amtliche Angaben schon gar nicht, doch landläufig wird der Anteil der christlichen Minderheit an der Gesamtbevölkerung in **Ägypten** auf zehn Prozent beziffert. Die große Mehrheit der traditionsreichen christlichen Gemeinde am Nil, die auf eine zweitausendjährige Geschichte blickt, sind Kopten. Wie in anderen Ländern der Region beklagen auch Ägyptens Christen mannigfache Benachteiligungen. Tatsächlich sind die Kopten in Regierung, Verwaltung und in den Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Islamisierung des öffentlichen Lebens empfinden viele Kopten als beklemmend, ja bedrohlich. Viele sind ausgewandert, andere sitzen auf gepackten Koffern. Die Regierung will von all dem nichts wissen und singt das Lied der nationalen Harmonie. Nur dass ab und an gewalttätige religiös motivierte Exzesse das Bild der Eintracht jäh zerreißen. Großes Aufsehen – auch international – löste die von Kopten als „Weihnachtsmassaker“ bezeichnete Bluttat von Nagga Hamadi in Oberägypten aus, als sechs Kopten bei Verlassen der Weihnachtsmesse auf offener Strasse ermordet wurden. Nach Auskunft koptischer Organisationen, die vor allem aus

dem Ausland sehr kritisch mit der ägyptischen Heimat ins Gericht gehen, sei dies kein Einzelfall: Über 150 Gewaltverbrechen gegen die Minderheit werden dort in den letzten drei Jahrzehnten aufgeführt.

In **Israel** gibt es insofern keine „konfessionellen“ Konflikte, als die Staatsgründer durch ihr pragmatisch getöntes Bündnis mit der jüdischen Orthodoxie eine kaum reversibel erscheinende Prioritätensetzung zwischen den verschiedenen, in deutlichem Wettbewerb stehenden Richtungen des Judentums getroffen haben. Herausforderer der orthodoxen Suprematie sind daher nicht andere jüdische Denominationen, wie z.B. das Reformjudentum, sondern das in Israel traditionell starke, in den letzten Jahren allerdings deutlich auf dem Rückzug befindliche säkulare Judentum. Diese innergesellschaftliche Spaltung innerhalb der jüdischen Israelis wird täglich auf unzähligen Konfliktfeldern ausgetragen, da es die Staatsgründer weiland mit Bedacht unterlassen haben, dem Staat eine klare, säkular resp. bekenntnis-neutral ausgerichtete verfassungsmäßige Grundlage zu geben.

Da der Konflikt mit der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel – trotz deren heutzutage weit fortgeschrittener islamisch-sunnitischer Homogenisierung – aus der Vergangenheit her weit mehr ein national-ethnischer, denn ein religiös akzentuierter Konflikt gewesen ist, spielen die religiösen Implikationen auch derzeit noch eine eher untergeordnete Rolle. Dies zeigt sich beispielhaft an den konträren Interessen zur Zukunft des „religiösen Brennpunkts“ Jerusalem. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass das allgemeine Anwachsen religiöser Elemente im Identitätsverständnis der beiden Konfliktparteien bei einer weiteren Fortdauer der Auseinandersetzung auch die bisher „säkularen“ Konfliktlinien überwuchern könnte. Auf der jüdischen Seite ist die wachsende öffentliche Bedeutung des (mit der Siedlungstätigkeit auf palästinensischem Gebiet eng verbundenen) so genannten „Religiösen Zionismus“ ein gravierender Indikator dafür, wohin die besorgniserregende Entwicklung führen könnte.

In **Palästina** überlagert die national-ethnisch getönte Auseinandersetzung mit der „jüdischen Besatzungsmacht“ weiterhin bestehende innere religiöse Konfliktpotentiale. Diese Potentiale tendieren im Übrigen dazu, sich durch Abwanderung resp. demographische Zurückdrängung der (christlichen) Minderheit von selbst zu erledigen.

In **Jordanien** lebt an der Seite der muslimischen Bevölkerungsmehrheit von mehr als 90 Prozent eine kleine, meist urbane und wirtschaftlich überdurchschnittlich erfolgreiche christliche Minderheit. Ein Quotensystem für Minderheiten sichert die parlamentarische Repräsentanz. Gewaltakte gegen Minderheiten in Jordanien sind praktisch unbekannt.

Die Bevölkerung des **Libanon** weist eine außergewöhnliche konfessionelle Vielfalt auf, die weit über die muslim-christliche Koexistenz hinausgeht und zahlreiche Konfessionen der beiden monotheistischen Religionen beinhaltet (z.B. Schiiten, Sunniten, Drusen, Maroniten, Orthodoxe Christen, Armenier, etc.). Dieser Reichtum musste in der Vergangenheit allzu oft als Begründung für blutige Konflikte, etwa dem 15 Jahre währenden Bürgerkrieg von 1975–1990, herhalten. Der Libanon ist eine konfessionelle Demokratie. Die Verbindung aus Verfassungsrecht, Wahlgesetz und dem am Anfang der Republik stehenden Nationalpakt machte aus dem Libanon ein Konkordanzsystem, in dem immer eine große Koalition regiert, in der de facto alle großen Religionsgemeinschaften ein Vetorecht besitzen und in der die Exekutive wie auch Legislative nach Proporz besetzt werden. Diese Institutionalisierung der konfessionellen Zugehörigkeit im politischen System hat der Entstehung eines ausgeprägten Staatsbürgertums bislang entgegengewirkt.

Die Zukunft des Irak ist in hohem Maße ungewiss. Die sunnitische Minderheit des Landes, die traditionell den Staat dominierte, fürchtet weiterhin eine Marginalisierung durch die schiitische Mehrheit. Die Gefahr eines konfessionell motivierten Bürgerkriegs bleibt bestehen. Ein Machtvakuum nach den Parlamentswahlen droht. Der angesichts des begonnenen US-Truppenabzugs verstärkt auf sich allein gestellte Sicherheitsapparat könnte an seine Grenzen geführt werden. Die Lösung des Kirkuk-Problems wird eine der Schlüsselfragen nach den Parlamentswahlen sein. Nachdem alle bisherigen Kompromissversuche gescheitert sind, droht die ölfreiche Provinz im Norden zum Auslöser einer gewalttätigen Auseinandersetzung zu werden; diese dürfte kaum auf Kirkuk begrenzt bleiben. Unterstützt von den USA – trotz ihres reduzierten Engagements im Irak der einzige Akteur, der den notwendigen Druck auf alle Seiten ausüben kann – wird es an den Vereinten Nationen im Irak (UNAMI) liegen, die Streitparteien zusammenzuführen und eine Lösung zu verhandeln. Nach umfassenden Vorarbeiten UNAMIs für diese Situation und Vorbereitungen diverser Szenarien ist ein Durchbruch nicht unmöglich. Sicher ist er keineswegs.

3.2. Das Verhältnis zum Staat Israel und Positionierung im Palästina-Konflikt

Kairo sieht sich als ein Hauptakteur im politisch-diplomatischen Ringen im Nahen Osten. Ägypten hat in den zurückliegenden Jahren zahlreiche politische Impulse gesetzt und Initiativen gestartet. Der ägyptisch-arabische Friedensvertrag von 1979, der ein Jahr nach dem Camp David Abkommen besiegelt wurde, ist längst in die Geschichtsbücher eingegangen. In der arabischen Welt ist Ägypten ob des Schulterchlusses mit dem Feind geächtet und verurteilt worden – und viele Araber haben sich bis heute nicht mit der ägyptischen Israel-Diplomatie abgefunden. Derweil verteidigt sich Kairo mit dem Hinweis, dass Israel alle 1967 besetzten Gebiete im Sinai geräumt hat – ein Vorgang der in den besetzten syrischen und palästinensischen Territorien bis heute auf sich warten lässt. Politisch gibt es vielfache Interaktionen auf hoher Ebene zwischen Israel und Ägypten, an der Basis überwiegt die Ablehnung: die Bezeichnung „kalter“ Frieden ist passend. In der palästinensischen Frage setzt Kairo auf die Fatah; das Regime betrachtet Hamas – ein Ableger bzw. eine Zweigstelle der ägyptischen Muslimbruderschaft – mit Argusaugen. Zuletzt sind die Beziehungen zwischen Hamas und Kairo in den Keller gerutscht, nachdem die ägyptische Regierung der Gruppe vorhält, die ägyptischen Vermittlungen zwischen den verfeindeten Fraktionen in Palästina zu sabotieren. Dass Kairo jetzt auch an der Grenze zum Gaza-Streifen verschärft gegen den Tunnel-Schmuggel vorgeht, wird als eine gezielte Sanktionsmaßnahme gegen die Hamas interpretiert.

Jordanien hat 1994 – als zweiter arabischer Staat – mit Israel einen Friedensvertrag geschlossen, die Regierungen der Nachbarstaaten pflegen seither diplomatische Beziehungen. Auch 16 Jahre nach Vertragsabschluss kann allerdings – wie im Falle Ägyptens – allenfalls von einem „kaltem Frieden“ die Rede sein, der zwischenmenschliche und wirtschaftliche Austausch bleibt gering. Im Palästina-Konflikt orientiert sich die jordanische Regierung an den Forderungen des Arabischen Friedensplans von 2002.

Der Libanon und Israel befinden sich im Kriegszustand. Zahlreiche Kriege, an vorderster Stelle die israelische Libanon-Invasion von 1982 und der Sommerkrieg von 2006 haben angesichts der immensen Zerstörungen und hohen Opferzahlen in der Zedernrepublik tief sitzende kollektive Traumata hinterlassen. Diplomatisch orientiert sich der Libanon an den Positionen der Arabischen Liga. Die Arabische Friedensinitiative von 2002 wurde auf einem Gipfeltreffen der Liga in Beirut verabschiedet. Von besonderer Bedeutsamkeit ist für den Libanon die Zukunft der ca.

300.000 – seit Jahrzehnten im Lande lebenden – palästinensischen Flüchtlinge. Deren Rückkehrrecht ist eine zentrale Forderung der libanesischen Außenpolitik.

Zwar hat **Marokko** nach Ausbruch der Intifada 2000 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen, dennoch bleiben Kommunikationskanäle offen. Im November 2009 besuchte etwa die frühere israelische Außenministerin (und aktuelle Oppositionsführerin) Tzipni Livni eine internationale Konferenz in Marokko. Wenngleich dieser Besuch sehr kontrovers diskutiert wurde, zeigt der Vorgang eine gewisse Offenheit für den Dialog mit Israel. Diese Offenheit hat in der arabischen Welt Seltenheitswert.

3.3. Positionen zu den innerarabischen Konflikten, Allianzen und Koalitionen

Als das mit Abstand bevölkerungsreichste arabische Land beansprucht **Ägypten** traditionell den Status der arabischen Kopfmacht. Doch die Zeiten, da der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser mit seiner panarabischen Vision die Massen der Region verzaubern konnte, sind lange vorbei – und Ägyptens Stimme wird in der arabischen Welt als eine von vielen wahrgenommen. Aus alter Zeit stammt die ägyptische Dominanz in der Liga der Arabischen Staaten (LAS), die traditionell von einem Ägypter angeführt wird. Ob sich diese Tradition nach dem Abtreten Amr Mousas fortsetzen kann, ist derweil nicht sicher. In der Außenpolitik gehört Ägypten – zusammen mit Saudi Arabien und Jordanien – dem so genannten gemäßigten Lager an. Der Hinweis ist wichtig, dass die ägyptische Mäßigung vor allem eine Funktion der milliardenschweren Zuwendungen ist, die alljährlich aus den USA ins Land kommen.

Für Israel stellen die Ereignisse in der arabischen Welt nur insofern einen Referenzpunkt dar, als sie – aus israelischer Sicht natürlich – direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Staat Israel und seine Interessen haben. Aufgrund dieser Disposition ist Israel lediglich indirekt an den Konflikten oder Allianzen innerhalb der arabischen Welt interessiert. Demokratisierungsprozesse werden mit großem Vorbehalt gesehen, da man sich von ihnen per se keine Verbesserung der eigenen Lage erwartet. Israel ist somit vor allem am Erhalt des Status quo in der arabischen Welt interessiert.

Palästina respektive seine politische Führung bewegt sich in der arabischen Welt traditionell eher wie ein kleines Schiff auf unruhigem Ozean. Man hat über die Jahrzehnte auf wechselnde „Pferde“ gesetzt, nicht immer – wie das Bündnis mit Iraks Diktator Saddam Hussein deutlich gemacht hat – gepaart mit politischer Klugheit oder Weitsicht. Derzeit ist man um einen Kurs der guten Partnerschaft mit allen arabischen Staaten bemüht, sofern sie sich nicht – wie Syrien und tendenziell Katar – zum Fürsprecher des Hamas-Regimes in Gaza gemacht haben.

Jordanien wird von westlichen Diplomaten und Nahostexperten – nicht zu Unrecht – häufig in einem Atemzug mit Saudi Arabien und Ägypten als „moderate arabische Achse“ bezeichnet, die mit der „Widerstandsachse“ Teheran-Damaskus-Hamas um Meinungshoheit in der arabischen Welt ringt.

Der **Libanon** ist auch in Bezug auf die innerarabischen Konflikte gespalten. Grob vereinfacht lässt sich sagen, dass die Anhänger des Parteienbündnisses des „14. März“ mit der so genannten moderaten Achse „Riad-Amman-Kairo“ sympathisieren, während weite Teile der Opposition strategische Beziehungen zur Achse „Teheran-Damaskus“ pflegt.

Der Irak-interne Machtkampf, vor allem zwischen Sunniten und Schiiten, spiegelt Teile der regionalen Konfliktlinien wider. So lange um den Kurs des Irak gerungen wird, ist von ihm keine klare Positionierung zu den innerarabischen Konflikten und Entwicklungen zu erwarten. Umgekehrt ist die Entscheidung über die Vormachtstellung im Irak wesentlich für die Machtbalance in der Region und wird von den Nachbarländern entsprechend aufmerksam verfolgt bzw. z.T. aktiv begleitet.

Die Länder des **Maghreb** sind trotz vieler gemeinsamer Interessen in geostrategischer und anderer Natur oft uneins. Zwischen Marokko und Algerien ist die Grenze seit Jahren geschlossen. Einen signifikanten Handel oder wirtschaftliche Integration gibt es nicht. Außenpolitisch steht der Streit um die Westsahara weiter zwischen den beiden Staaten und behindert jede substantielle Annäherung. In Teilen ist in der Bevölkerung eine Rückbesinnung auf die berberisch geprägte maghrebische Tradition zu beobachten; diese geht einher mit einer Abgrenzung zum arabischen Raum.

3.4. Der Faktor Iran: Haltung der Regierungen zur „iranischen Bedrohung“ und im Atomstreit

Seit der islamischen Revolution von 1979 sind die Beziehungen zwischen **Ägypten** und dem Iran spannungsreich. Nicht nur gewährte Kairo dem geflohenen Schah Unterschlupf; die Ägypter schlossen auch einen Friedensvertrag mit dem „Erzfeind“ Israel. Der islamistische Attentäter, der Anwar Al Sadat wenig später dafür ermordete, wird im Iran offiziell als ein Held verehrt. Ägypten hat bis heute keine Botschaft in Teheran. Dennoch bemühten sich beide Seiten verschiedentlich um Entspannung: das letzte Tauwetter kam im Zuge des Gaza-Krieges 2008/2009 zu einem Ende, als Teheran den Ägyptern mangelnde Solidarität mit den drangsalierten Bewohnern des Küstenstreifens vorwarf. Einen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen dann abermals im Jahr 2009, als eine Gruppe von Männern in Ägypten festgesetzt wurde, die – so die Beschuldigung der Behörden in Kairo – einer Hizbollah-Zelle angehörten, die Anschläge in Ägypten planten und von Iran unterstützt würden. Im Atom-Streit vertritt die ägyptische Regierung seit vielen Jahren eine konsequente Linie: Ägypten plädiert für einen Nahen und Mittleren Osten ohne Atomwaffen. Nicht nur Teherans angebliche nukleare Pläne lehnen die Ägypter ab; auch die israelische Nuklearbewaffnung sei ihnen ein Dorn im Auge, heißt es in Kairo.

Für die politische Elite **Israels** sind der Iran, seine Atomaufrüstung und die wiederholten anti-israelischen Tiraden des Präsidenten Ahmadinedschad das außenpolitische Thema „Nummer Eins“. Kein Auslandsbesuch eines führenden israelischen Politikers, ohne dass mit Unterstützung erheischendem Ton über die Iran-Politik des jeweiligen Gastlandes berichtet wird, kein Israel-Besucher, der nicht primär hinsichtlich seiner Haltung zum Mullah-Regime taxiert wird. Alle anderen außenpolitischen Fragen treten hinter dieser Problematik zurück – vor allem natürlich die immer wieder geäußerten kritischen Fragen an Israel, sei es zum Gaza-Krieg oder zur Fortdauer des Besatzungsregimes in Palästina. Ahmadinedschad wird dabei immer häufiger in einem Atemzug mit Adolf Hitler genannt. Premier Netanyahu erwies sich erst kürzlich als bibelfest, indem er den iranischen Präsidenten als „neuen Amalek“ geißelte. Geradezu bewundernswert ist die Fähigkeit der israelischen Politik, das Faktum der eigenen atomaren Bewaffnung ebenso wie das der drohenden Ausweitung des atomaren Potentials aus der Diskussion herauszuhalten – um peinlichen Fragen an die eigene Adresse einen Riegel vorzuschieben.

Palästinas derzeitige politische Führung sieht die Rolle des Iran in der Region zweifellos mit sehr kritischer Aufmerksamkeit. Sowohl die Unterstützung der Hamas als auch der Hizbollah durch Iran können nicht goutiert werden. Andererseits profiliert sich der Iran als Vertreter auch der palästinensischen Interessen gegenüber einem „zionistisch-kolonialistischen Regime“, dessen Führung gerade wieder den Palästinensern, aber auch der Welt gezeigt hat, dass sie über Wege verfügt, selbst politischen Druck aus Washington zu neutralisieren. Da mag schon bei palästinensischen Politikern – von der palästinensischen „Straße“ ganz zu schweigen – in Anbetracht der notorischen Tiraden Ahmadinedschads gegen Israel „klammheimliche Freude“ spürbar werden.

Der wachsende regionale Einfluss des Irans, der besonders im Nachbarland Irak sichtbar ist, ruft in **Jordanien** Ängste hervor. Die offiziellen Beziehungen zu Iran sind seit der islamischen Revolution im Iran 1979 weitgehend eingefroren.

Teherans wachsendes Gewicht in der Region sehen die Menschen im **Libanon** mit gemischten Gefühlen. Während die schiitischen Gruppierungen – allen voran die Hizbollah – direkte Nutznießer der iranischen Förderungen sind, löst dieser Schulterchluss in pro-westlichen Kreisen Besorgnis aus. Viele Libanesen betrachten den internationalen Streit um das iranische Atomprogramm ausschließlich durch eine innenpolitische Brille: Sie befürchten, dass die Hizbollah – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – im Falle einer Eskalation dieses Konfliktes militärisch verwickelt werden könnte, was potenziell unabsehbare Folgen für den gesamten Libanon hätte

Der iranische Einfluss im **Irak** bleibt undurchsichtig und schwer zu taxieren. Dass der Iran ein strategisches Interesse am künftigen Kurs des Irak hat und diesen in seinem Sinne zu beeinflussen sucht, ist offensichtlich. Im Atomstreit hält sich die irakische Regierung mit Äußerungen zurück.

Marokko hat im März 2009 seine diplomatischen Beziehungen zur Islamischen Republik abgebrochen und Teherans Botschafter des Landes verwiesen. Offizieller Grund war eine für innenpolitische Ohren bestimmte Äußerung des iranischen Außenministers, der die Souveränität des Königreiches Bahrain in Frage stellte. Beobachter gehen jedoch davon aus, dass bei dieser Entscheidung auch die vermutete Unterstützung des Irans für islamistische Gruppen in Marokko eine Rolle gespielt hat.

Algeriens Präsident Bouteflika besuchte den Iran im August 2008 im Rahmen eines offiziellen Besuches. Vor allem die gemeinsamen Interessen im Gasexport und die Überlegungen zur Gründung eines der OPEC analogen Gaskartells bedingen gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen.

Die **Türkei** vertritt im Streit mit Teheran eine eher iranfreundliche Haltung. Die AKP-Regierung hat Präsident Ahmedineshad sehr früh zu dessen international umstrittener Wiederwahl gratuliert. Ankaras Außenminister gab zudem zu Protokoll, dass die iranischen Wahlen – nach Auffassung der türkischen Regierung – fair, demokratisch und repräsentativ gewesen seien. Die Regierung Erdogan betrachtet den Sanktionskatalog gegen Teheran mit Skepsis und versucht – auch in diesem Zwist –, eine internationale Vermittlerrolle einzunehmen.

3.4. Die fortschreitende Islamisierung in der Region

Ägyptens Verfassung schreibt in Artikel 2 vor, dass die Shariah die Hauptquelle der Gesetzgebung zu sein habe. Bevor Anwar al Sadat diesen Primat im ägyptischen Grundgesetz verankerte, war die Shariah lediglich eine Quelle für die Gesetzgebung. Diese konstitutionelle Vorgabe hat nachhaltige politische Auswirkungen – und beeinflusst vor allem das Familienrecht, obgleich etwa das Strafgesetzbuch keinesfalls an die zum Teil rigiden Bestimmungen der Schariah angepasst wurde. Hier kommt es nicht nur unter Juristen immer wieder zu heftigen Diskussionen, die typisch sind für ein arabisches Land, in dem liberale und islamische Wertvorstellungen oft mit Wucht aufeinanderprallen. Im ägyptischen Straßenbild ist eine Islamisierung daran erkennbar, dass die ganz große Mehrheit der Frauen verschleiert ist. Ein Streitpunkt auch am Nil: die Vollverschleierung des Niqab. Derzeit versucht die Regierung, Niqab-Trägerinnen aus öffentlichen Universitäten fernzuhalten – mit eher zweifelhaftem Erfolg. Derweilen ist die Verschleierung (ähnlich wie die weit verbreitete Ächtung des Alkoholkonsums) vor allem eine nach außen getragene Demonstration einer allgemeinen Religiosität, mit der sich nicht-religiöse Menschen aus dem säkularen Westen bisweilen schwer tun. Der Siegeszug der Religion – den man auch bei Ägyptens Christen beobachten kann – ist auch ein Ergebnis des Versagens einer (säkularen) Regierungspolitik, die nicht in der Lage ist, den Menschen ein materielles Auskommen zu sichern – von einer Perspektive für die Zukunft ganz zu schweigen.

Der politische Siegeszug der islamistischen Hamas bei den Parlamentswahlen 2006 in Palästina war natürlich nicht primär Ausfluss fortschreitender Islamisierung. Es wäre jedoch unredlich zu ignorieren, dass sich die Islamisierungstendenzen in anderen Teilen der arabischen Welt nicht auch in Palästina bemerkbar machen. Dies zeigt sich auch in der tendenziellen Willfährigkeit der allenfalls deklaratorisch als „säkular“ einzustufenden Fatah-Führung gegenüber (politischen) Forderungen aus islamischen Kreisen. Man kann hier sicher eine fortschreitende Identifizierung der „nationalen“ und der „islamischen“ Anliegen erkennen, die – genau so wie in Israel – immer mehr den religiös-konservativen, auf Abgrenzung statt Dialog setzenden Kräften in die Hände arbeitet.

Die Religion genießt in Jordanien einen sehr hohen Stellenwert, der Islam ist als Staatsreligion verankert. Religiöse Vorstellungen von Gesellschaft und Familie prägen das öffentliche und gesellschaftliche Leben sowie das Straßenbild, vor allem außerhalb des kosmopolitischen Westteils der Hauptstadt Amman. Während des Fastenmonats Ramadan wird die Einhaltung der Fastengebote im öffentlichen Raum von staatlicher Seite – mal mehr oder weniger – konsequent durchgesetzt. Die Islamic Action Front IAF ist in weiten Kreisen der Bevölkerung beliebt und gilt gemeinhin als die stärkste oppositionelle Kraft im Land.

Eine Islamisierung des öffentlichen Raums und des politischen Lebens ist im Libanon zwar spürbar, aufgrund der religiösen Vielfalt, traditionellen Offenheit und der existierenden Machtteilungsmechanismen (konfessionelle Quoten etc.) allerdings nicht so tief greifend wie in anderen Ländern der Region. Während die christlich-muslimische Rivalität seit Ende des Bürgerkriegs 1990 an Schärfe verloren hat, sorgen sich Beobachter über wachsende Animositäten im schiitisch-sunnitischen Verhältnis, welche sich zunehmend in einer Abgrenzung durch Betonung der eigenen konfessionellen Identität äußern.

Die Rolle der religiösen Kräfte im Irak bleibt groß. Die Politik ist auf vielen Ebenen durch die Religion bestimmt oder beeinflusst. Deziert säkulare Gegenbewegungen existieren, haben bislang jedoch nicht die Oberhand gewinnen können.

Islamistische Bewegungen sind im Maghreb je nach Land sehr unterschiedlich in politische Prozesse eingebunden. In **Tunesien** sind die Islamisten – wie viele andere politische Strömungen auch – vom politischen Leben praktisch ausgeschlossen. Seit den Anschlägen auf die Synagoge in Djerba und die Ereignisse des 11. September 2001 herrscht eine Null-Toleranz Politik. In **Algerien**, das bereits in den 1990er Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg die prägende Erfahrung mit radikalisierten Islamisten machte, ist deren politischer Einfluss seitdem durch Verbot, Verhaftung und Kooptierung moderater Kräfte stark zurückgedrängt. Zwar gibt es weiterhin regelmäßig terroristische Anschläge auf Sicherheitskräfte und – zuletzt 2007 – auch auf ausländische und multilaterale Einrichtungen im Land. Gesellschaftlich jedoch hat der Islamismus in seiner radikalen Form stark an Einfluss verloren. Zu beobachten ist ein beginnender Versuch der Rückbesinnung auf die durch die berberisch geprägte Kultur des Maghreb und deren traditionelleren Formen des Islam. In **Marokko** wurden die Islamisten durch geschicktes „electioneering“ vor den letzten Parlamentswahlen im politischen System weitgehend an den Rand gedrängt. Dennoch spielt die Religion im Leben vieler, vor allem junger Menschen, eine wichtige Rolle. Aufsehen erregte während des Fastenmonats Ramadan im vergangenen Jahr die Verhaftung einer Gruppe von jungen Leuten, die tagsüber ein Picknick veranstalten wollten und deren Festsetzung mit dem Schutz ihrer eigenen Sicherheit begründet wurde.

In der **Türkei** betreibt die AKP seit Ihrer Wiederwahl im Jahr 2007 eine religiös geprägte Innen- und Außenpolitik. Innenpolitisch hat sie mit dem – allerdings gescheiterten – Versuch, das Kopftuchverbot aufzuheben, ein Parteiverbotsverfahren gegen sich in Gang gesetzt, dem sie nur äußerst knapp entgangen ist. Das Verfassungsgericht hat die Regierungspartei verurteilt, „islamistische“ Bestrebung zu haben und somit gegen die Verfassung des Landes zu verstoßen. Durch die restriktive Gewährung von Alkoholausschank-Lizenzen sind mittlerweile 85 Prozent der Türkei „alkoholfreie Zonen“ – selbst in Metropolen wie Istanbul wird in einigen Luxushotels der Alkoholausschank zurückgeschraubt. In diese Aktionskette reiht sich der vehemente Widerstand der Türkei gegen die Ernennung des NATO-Generalsekretärs Rasmussen ein, die Ankara mit Verweis auf dessen Haltung im Streit über die Mohammed-Karikaturen bis zu Ende zu verhindern suchte.

4. Die wirtschaftliche und soziale Lage

Um die nachwachsende Generation in Arbeit und Brot zu bringen, müssen in **Ägypten** pro Jahr 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Riesige Investitionen sind auch nötig, um die 40 Prozent der ägyptischen Bevölkerung, die – nach offiziellen Angaben – unter der Armutsgrenze lebt, aus dem Elend zu heben. Es ist eine Herkulesaufgabe, die die Regierung mit einem Mix aus staatlicher Investitionspolitik und liberalen Wirtschaftsreformen zu bewerkstelligen versucht. Die internationalen Institute stellen Kairo dabei gute Noten aus: 2007 und 2008 lag das Wachstum bei rund sieben Prozent; im folgenden Krisenjahr verzeichneten die Ägypter immerhin einen Zuwachs von rund fünf Prozent. Die Befürchtungen, die Weltkrise würde den Tourismus, die Einnahmen aus dem Suez-Kanal sowie die Überweisungen der ägyptischen Gastarbeiter aus dem Ausland (allesamt Stützen der Nil-Ökonomie) ins Bodenlose stürzen, haben sich nicht erfüllt. Auch die Finanzkrise traf Ägypten nicht mit voller Wucht: das liegt vor allem daran, dass das Bankgewerbe (noch) nicht voll in die internationalen Systeme integriert ist.

Israel ist trotz seiner weltwirtschaftlichen Verflechtung von der Krise des Weltfinanzsystems und deren Folgen nur kurzzeitig gestreift worden. Lediglich im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 wurde die Rezession spürbar, die schon Mitte 2009 wieder von einem verhaltenen Anstieg

des Bruttoinlandsprodukts abgelöst wurde. Seine ökonomische Stabilität verdankt Israel vor allem der Unverwundlichkeit seines Immobilienmarktes, der Innovationsfähigkeit seines High-Tech-Sektors, aber auch der – der Notenbank geschuldeten – Widerstandskraft seiner einst ob ihrer Labilität notorisch schlecht beleumundeten Währung. Allerdings kommen einzelne Wirtschaftsbereiche, wie die Konsumgüterindustrie, nicht ungeschoren durch die Krise, was sich in steigenden Arbeitslosenzahlen bemerkbar macht (Arbeitslosenrate von 6 Prozent). Die Regierung bemüht sich, dieser Entwicklung durch eine noch intensivere Reglementierung der Arbeitsmigration entgegenzuwirken. Israel steht kurz vor der Aufnahme in die OECD, die dem Land zwar gute ökonomische Noten gegeben, ihm aber auch bescheinigt hat, dass es unter den Mitgliedsstaaten lediglich von den USA noch in der sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich übertroffen wird.

Palästinas Wirtschaft bleibt in extremem Maße von den durch die Besatzungsmacht Israel gesetzten Rahmenbedingungen abhängig. Allerdings konnten in den zurückliegenden Jahren – ausgehend von einem extrem niedrigen Niveau – bescheidene Wachstumserfolge (zumindest in der Westbank) verzeichnet werden. Auch die ausländischen Investitionen, vor allem aus den Golfstaaten, steigen spürbar, so zuletzt im Telekommunikationssektor. Die Stabilisierungspolitik des pragmatischen Premiers Fayyad ist auch hinsichtlich der Wirtschaft vor allem auf die Schaffung nachhaltiger Strukturen orientiert, die die Voraussetzung für einen auch ökonomisch lebensfähigen Staat Palästina in näherer Zukunft darstellen.

Nach Jahren hoher Wachstumsraten erlitt die Volkswirtschaft **Jordaniens** 2009 im Zuge der Weltwirtschaftskrise einen empfindlichen Dämpfer. Immobilienpreise sind in der Hauptstadt Amman nach seriösen Schätzungen bereits um ca. 20 Prozent gefallen, das Lohnniveau stagniert, der Staatshaushalt für 2010 wird gekürzt. Das Wirtschaftswachstum fiel um etwa die Hälfte auf ca. 3,5 Prozent – zu wenig, um genügend neue Arbeitsplätze für eine junge Bevölkerung zu schaffen.

Libanons Wirtschaft trotzte 2009 der weltweiten Krise und verbuchte mit ca. sieben Prozent Wachstum einen Rekordwert. Beflügelt wird die Ökonomie durch einen Boom im Banken-, Tourismus- und Bausektor sowie durch die unerwartet stabilen Transferzahlungen aus der libanesischen Diaspora.

Die Voraussetzungen der ökonomischen Entwicklung des **Irak** haben sich 2009 weiter leicht verbessert. Nachhaltige Entwicklung verlangt jedoch umfassende politische Reformen, die auf sich warten lassen. Wesentliche Planungs- und Entwicklungshindernisse bleiben die schleppende Entwicklung des Privatsektors, die hohe Auslandsverschuldung, die allgegenwärtige Korruption sowie die Tatsache, dass 90 Prozent des irakischen Staatshaushalts nach wie vor an den Erdöl-export gekoppelt sind. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist kaum zu prognostizieren, zu groß ist die Zahl der Variablen, insbesondere im Wahljahr 2010.

Wirtschaftlich leidet **Algerien** unter der Monokultur des Ölreichtums. Auf der Einnahmenseite hängt das Land vollkommen vom Öl- und Gasexport ab, die 98 Prozent der ausgeführten Waren ausmachen. Die Devisenreserven von 150 Mrd. US-Dollar werden unter anderem dazu verwendet, den Wechselkurs des Algerischen Dinars auf einem völlig unrealistischen Niveau zu halten und damit sämtliche Importe, vom Auto bis zu Grundnahrungsmitteln, durch die Zentralbank zu subventionieren. Die aktuelle Freude des „kleinen Mannes“ über den vermeintlichen Wohlstand wird indes bald mit der Realität einer sich leerenden Staatskasse kollidieren.

Die Regierung **Marokkos** verfolgt ein Programm der wirtschaftlichen Öffnung und Modernisierung, mit dem Ziel, ausländische Investitionen anzulocken und Arbeitsplätze zu schaffen. Ein

wichtiges Ziel ist die Integration der Volkswirtschaft in den Welthandel. Marokko ist Mitglied der WTO und spielt in der OECD eine konstruktive Rolle. Im Rahmen dieser handelspolitischen Öffnung hat Marokko ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und der Türkei abgeschlossen. Marokko ist ebenso Mit-Initiator des am 25. Februar 2004 geschlossenen "Agadir-Abkommens" mit Ägypten, Tunesien und Jordanien über die Schaffung einer Freihandelszone zwischen diesen Ländern. Dieses Abkommen ist eine wichtige Ergänzung der geplanten euromediterranen Freihandelszone und soll allen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga offen stehen. Marokko ist im Oktober 2008 im Rahmen des Assoziationsabkommens der "Statut Avancé" zugestanden worden. Vereinbart damit wurde die schrittweise Übernahme des Acquis Communautaire in vielen Bereichen, mit dem Ziel die wirtschaftlichen Reformen dauerhaft zu sichern. Wie die übrigen Länder des Maghreb, hat Marokko die Wirtschaftskrise bislang erstaunlich gut bewältigt, lediglich in einigen Segmenten des Tourismussektors kam es zu Einbrüchen. Insgesamt jedoch war das Wirtschaftswachstum auch 2009 positiv.

Mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 5,0 Prozent in den letzten zehn Jahren, hat das ressourcenarme Land Tunesien seine ölreichen Nachbarn Libyen und Algerien weit in den Schatten gestellt. Auch 2009 betrug das Wachstum trotz Wirtschaftskrise noch 3,1 Prozent. Weite Teile der tunesischen Bevölkerung haben von diesem Wachstum direkt profitiert. Mit einem Bruttosozialprodukt Pro-Kopf von 8000 US-Dollar liegt Tunesien vor den meisten anderen Ländern am Südrand des Mittelmeers. Mit dem Anstieg des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auf 2650 US-Dollar ist der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, auf 7,4 Prozent gesunken. Ausdruck des wirtschaftlichen Erfolgs ist die stetig wachsende Mittelschicht Tunesiens, mit einer der weltweit höchsten Wohneigentumsquoten. Über 80 Prozent der tunesischen Bevölkerung werden der Mittelschicht zugerechnet. Dennoch bleiben auch wirtschaftliche Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 14 Prozent weiterhin hoch. Diese Zahl versteckt zudem den überproportionalen Anteil an jungen Arbeitslosen. Die Quote für 20-24-jährige liegt dreimal so hoch wie für 40-jährige. Auch das Bankensystem bedarf dringender Reform, ebenso ist die überbordende Bürokratie weiterhin ein Hindernis und die Korruption ist in den letzten Jahren gestiegen.

Es ist sehr schwer, verlässliche und objektive Daten über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Türkei zu erhalten, weil die Regierung mit allen Mitteln versucht, die Wirtschafts- und Finanzkrise aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Ministerpräsident Erdogan hatte bis Mitte des Jahres 2009 sogar vehement bestritten, dass die Türkei von den Auswirkungen betroffen sei und werde - eine These, die der für wirtschaftliche Entwicklungen zuständige Minister und frühere Außenminister Babacan mittlerweile dementieren musste. Die Türkei hat derzeit eine Rekordarbeitslosigkeit von 15 Prozent und sitzt auf einem internationalen Schuldenberg von über 50 Mrd. US-Dollar. Die türkische Währung war im Jahr 2008/2009 größeren Schwankungen ausgesetzt, der Eurowechselkurs schwankte zwischen 1,67 und 2,27 Lira, bevor er sich gegen Jahresende bei ca. 2,05 Lira eingependelt hat und stabil zu sein scheint. Die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage führt zu wachsender Kritik an der Regierungspartei, die sich auch im Ergebnis der Kommunalwahl niederschlug.

5. Die Rolle Deutschlands und der Europäischen Union

Hohes Ansehen – auf der Ebene der Regierung sowie einer Mehrheit der Menschen – genießt in Ägypten Deutschland: Berlin werden keine Großmachtsansprüche nachgesagt und Deutschland ist auch nicht mit kolonialen Hypotheken belastet. Lediglich der Streit über die „entführte“ Nofretete belastet unsere Beziehungen, hört man von ägyptischen Offiziellen, die das antike Kunst-

werk aus Berlin an den Nil zurückholen wollen. Auch die Ermordung der Ägypterin Marwa Sherbini in einem Gerichtssaal in Dresden, die zeitweilig zu einem kollektiven Aufschrei in Ägypten geführt hat, vermochte das stabile Gerüst der bilateralen Beziehungen nicht ins Wanken zu bringen. Das mag auch daran liegen, dass die ägyptische Regierung offenbar kein Interesse hat, die de facto pro-israelische Politik in der Palästina-Frage zu kritisieren. Berlin spielt für Kairo in der Nahost-Politik allenfalls eine zweitrangige Rolle. Alle Macht geht hier von Washington aus, wissen die Ägypter nach jahrzehntelanger Befassung. Die bilaterale Harmonie, rührt – schließlich – auch daher, dass Berlin – im Gegensatz zu den unbeliebten Amerikanern – sich mit öffentlicher Kritik an den offenkundigen politischen Missständen zurückhält und gleichzeitig – seit langen Jahren – auf wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene eine intensive Kooperation vorantreibt. In diesem Beziehungsgeflecht befinden sich auch die deutschen politischen Stiftungen, die seit Jahrzehnten gleichsam zum Inventar der bilateralen Partnerschaft gehören. Die Europäische Union wird zusehends zu einem wichtigen wirtschaftlichen und politischen Partner Kairos. Für Aufsehen sorgen in Kairo immer wieder Resolutionen des Europäischen Parlaments, die die Situation der Menschenrechte kritisch behandeln.

Aufgrund der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der sich aus ihr ergebenden historischen Verantwortung spielt Deutschland im Konzert der europäischen Staaten traditionell eine besondere, vor allem auf die Berücksichtigung der von Israel vertretenen Interessen gerichtete Rolle. Dies macht gerade Bundeskanzlerin Merkel, die die Zügel deutscher Israel-Politik straff in den Händen hält, immer wieder in aller Klarheit deutlich. Im Verständnis dieser Israel-Politik geht es nicht um die Verfolgung einer politischen Raison der Sicherung der staatlichen Existenz Israels, sondern um die Wahrnehmung der von der jeweiligen israelischen Regierung definierten politischen Richtlinien resp. deren tagesaktuelle Umsetzung. Aufgrund dessen ist Deutschland nicht in der Lage, die aktuelle israelische Politik kritisch auf ihre Zuträglichkeit für das übergeordnete, „historische“ Ziel deutscher Israelpolitik zu befragen. Die deutsche Politik degradiert sich weitgehend zum „Lautsprecher“ jeweils aktueller israelischer Interessen und wird auch in dieser Funktion wahrgenommen – in Israel mit Wohlwollen und Aufmunterung, in Palästina mit Bedauern und Enttäuschung. Eine Änderung deutscher Israelpolitik – wenn sie denn angestrebt würde – wäre allenfalls im „Windschatten“ einer profilierten neuen Nahostpolitik der EU denkbar. Von dieser Profilierung ist derzeit nichts zu verspüren.

Die EU sieht man in Israel nahezu traditionell mit erheblichem Misstrauen. Man schätzt weder die kritischen Stimmen zur israelischen Palästinalpolitik noch die Tendenz einiger EU-Mitgliedsstaaten, Israels aktuelle Politik frei von den tabuisierenden Vorgaben der historischen Verantwortung zu analysieren und zu bewerten. Die Vorstellung einer zukünftigen EU-Mitgliedschaft Israels, wie sie immer wieder einmal ins Spiel gebracht wurde, ist in Anbetracht der gegenwärtigen Engführung israelischer Interessenpolitik mit nationalen und religiösen Vorzeichen alles andere als realistisch. Israel rückt Europa zwar ökonomisch näher, entfernt sich aber zugleich geistig-intellektuell deutlich schneller von ihm.

Solange die EU nicht in der Lage ist, sich hinter einer gemeinsamen Nahostpolitik zu versammeln, ist jede Erwägung eines evtl. korrigierenden Gegengewichts zur US-Außenpolitik in der Region ebenso illusorisch wie eine wirklich eigenständige Rolle zwischen den Konfliktparteien.

Für Palästina bleibt die EU der überaus nützliche ökonomische Riese, der seine politische Zwerghaftigkeit mit immer neuen materiellen Zuwendungen meint kaschieren zu können, und der verlässlich zur Verfügung steht, wenn es die arabischen Bruderstaaten mal wieder versäumt haben, ihrer vollmundigen Ankündigungsdiplomatie Taten folgen zu lassen.

Deutschland und **Jordanien** genießen traditionell sehr gute Beziehungen – dies spiegelt schon die Präsenz aller wichtigen deutschen Mittlerorganisationen wider sowie einer bilateralen Universität. Politisch spielt Berlin hingegen eine zweitrangige Rolle: Hier sind die USA mit Abstand, spätestens seit dem jordanisch-israelischen Friedensvertrag, Jordaniens wichtigster außenpolitischer (und auch entwicklungspolitischer!) Partner.

Im traditionell frankophilen und europafreundlichen **Libanon** spielt der alte Kontinent und damit auch unser Land sowohl kulturell als politisch und wirtschaftlich eine bedeutsame Rolle. Neben Frankreich setzte sich auch Deutschland 2005 nachhaltig für die Unabhängigkeit des Libanons ein und verlangte den Rückzug der syrischen Truppen. Berlin unterstützte zudem die Bemühungen zur Schaffung eines Internationalen Tribunals für den Libanon und ein Deutscher führte anfänglich zielstrebig die Ermittlungen. Nach dem Krieg von 2006 spielten die EU-Staaten (mit Deutschland an der Spitze) eine führende Rolle bei der Finanzierung des Wiederaufbaus. Berlin beteiligte sich schließlich auch an der UNIFIL-Mission.

Mitte November 2009 wurden nach dreijährigen Verhandlungen zwischen der EU und dem **Irak** ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vereinbart. Das erste – und bedeutsame – Abkommen der EU mit dem Irak sieht einen institutionalisierten politischen Dialog vor und zielt insbesondere auch auf verbesserte Handelsbeziehungen ab. Dies ist wichtig auch für Deutschland: Das Interesse deutscher Unternehmen an Geschäften im Irak wächst. Die Verunsicherung ob der unberechenbaren Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes indes bleibt. Dabei wird deutsches Wirtschaftsengagement im Irak, wo Deutschlands Unternehmen und Produkte traditionell einen sehr guten Ruf genießen, stark nachgefragt. Politisch besitzen die EU und Deutschland nur begrenzte Handlungsoptionen. Deutschlands gutes Verhältnis zu einigen der Nachbarstaaten Iraks sowie zu den großen kurdischen Parteien könnte sich jedoch angesichts diverser möglicher Krisenszenarien gerade 2010 als diplomatisch wertvoll erweisen. Positiv wahrgenommen werden im Irak die deutschen Bemühungen insbesondere im Bereich der Demokratie- und Rechtsstaatsförderung sowie der Wirtschaftsberatung, implementiert durch zahlreiche Projekte deutscher Entwicklungsorganisationen. Durch Ausbildung und Beratung irakischer Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind hier in unterschiedlichen Bereichen wertvolle Fortschritte erzielt worden und Netzwerke entstanden, auf die aufgebaut werden sollte.

Die Länder des Maghreb sind, auch aus geographischen Gründen, traditionell eng mit den ehemaligen Kolonialmächten Spanien und Frankreich verbunden. Die kulturelle und wirtschaftliche Orientierung dieser Länder, die allesamt über sehr ausgeprägte Diasporen, vor allem in Frankreich, verfügen, ist somit stark auf den frankophonen Raum konzentriert. Deutschland spielt in der außenpolitischen Selbstwahrnehmung von **Marokko**, **Tunesien** und **Algerien** eine sekundäre Rolle, was häufig von offizieller Seite bedauert wird, da man allgemein versucht, einen Ausgleich für den als übergroß empfundenen Einfluss der geographisch und historisch am engsten mit dem Maghreb verbundenen Länder am Nordrand des Mittelmeeres zu finden. Im Hinblick auf das Verhältnis zu den USA bestehen teils eklatante Widersprüche zwischen der öffentlichen Meinung und dem außenpolitischen Handeln der Regierungen. Marokko pflegt seit längerem recht enge Beziehungen zu Washington die unter anderem in einem Freihandelsabkommen und der Unterzeichnung des „Open Skies“-Abkommens mündeten. Ebenso verkauft Algerien einen Großteil seiner Kohlenwasserstoffe an die Amerikaner, die in Algerien auch sicherheitspolitisch eine starke Präsenz aufrechterhalten. Für Tunesien gilt ebenso, dass die USA in den wirtschaftlichen Erfolgen und der gesellschaftlichen Offenheit einen Garanten für politische Stabilität sehen, der außenpolitisch unterstützt wird, was nicht immer zu einer Dynamisierung des Demokratisierungsprozesses führt.

Deutschland ist und bleibt weiterhin einer der wichtigsten Handelspartner und auch „Verbündeten“ der Türkei. Der Anfang des Jahres erfolgte Besuch von Außenminister Westerwelle und dessen eindeutigen und positiven Äußerungen zum EU-Beitrittsprozess und zur Mitgliedschaft der Türkei haben dem deutsch-türkischen Verhältnis einen neuen positiven Auftrieb gegeben. Hinsichtlich der EU ist die Haltung in der Politik und auch der Bevölkerung weiterhin ambivalent. Betont die Regierung seit drei Jahren ihre hohe Priorisierung des EU-Beitritts und der notwendigen Reformen, so hat sie diesen Ankündigungen kaum Taten folgen lassen, notwendige Reformen waren entweder rein „kosmetischer Art“ (wie etwa beim §301, wo der Begriff „Türkentum“ durch „türkische Nation“ ersetzt wurde) oder wurden gar nicht in Angriff genommen. Auch in der Bevölkerung hat die EU ein zwiespältiges Image; zwar wollen immer noch eine Mehrheit von 57 Prozent der Türken der EU beitreten, gleichzeitig glauben aber 76 Prozent, dass die EU die Türkei aufteilen will.

Impressum:

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Email: politikanalyse@freiheit.org
Telefon: +49 (331) 7019-117
Fax: +49 (331) 7019-55117

www.freiheit.org

Der Wiederabdruck ist unter Angabe der Quelle erlaubt, Februar 2010.